

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Werner Bohlen-Janßen

Ratsmitglied Oliver Gerriets

Ratsvorsitzende Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Byrte Janßen

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Prof. Günter Reuter

Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Bürgermeister Holger Barkowsky

Ratsmitglied Peter Debring

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Björn Heinisch

Ratsmitglied Howard Jacques

Ratsmitglied Wolfgang Jeschke

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Norbert Schmidt

Ratsmitglied Hermann Stolle

Beigeordneter Michael Veh

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Sabine Aretz

Beigeordnete Katja Breuer

Ratsmitglied Rainer Büscher

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Gruppe UWG Wilhelmshaven/Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung

Referatsleiter 2 Niksa Marusic

Referatsleiterin 5 Marion Fiedelak

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Heike Hanseemann

Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Stephan Grüner

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Petra Kolbe

Bürgermeister Fritz Langen

Ratsmitglied Peter Sokolowski

Ratsmitglied Jasmin Tegge

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 18

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6	Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	505/2015
7.1	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD auf Änderung der Hauptsatzung und Wahl einer/s dritten Bürgermeisterin/s (sh. TOP 7.3)	506/2015
7.2	Änderung der Hauptsatzung	63/2015
7.3	Wahl einer/s dritten Bürgermeisterin/s (Wahlbeschluss)	64/2015
7.4	Änderung der Entschädigungssatzung	60/2015
7.5	Ehrenamtliche Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Oldenburg	59/2015
7.6	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	52/2015
8.1.1	26. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 - Westlicher Stadtteil Ebkeriege - Aufstellungsbeschluss	37/2015
8.1.2	74. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 -Fedderwardergroden/Östlich Inhauser Landstraße - Erneuter Entwurfsbeschluss	38/2015
8.1.3	Bebauungsplan Nr. 120 - Posener Straße / Inhauser Landstraße - Erneuter Entwurfsbeschluss	39/2015
8.1.4	Bebauungsplan Nr. 61 B (vorhabenbezogen)/Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 25 (VEP 025) - Freiligrathstraße südlich Triftweg - Neuer Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss	40/2015
8.1.5	Bebauungsplan Nr. 144 A - Bohnenburger Deich - Aufstellungsbeschluss der Satzung über die Aufhebung	41/2015
8.1.6	Umsetzung der Maßnahme "Grunderneuerung Freiligrathstraße"	50/2015
8.1.7	Beschluss über die Zustimmung Umsetzung des "Parkraumbewirtschaftungskonzeptes"	51/2015
9	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
10.1	Antrag Gruppe Grüne/WBV: "Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung"	502/2015
10.2	Antrag Gruppe Grüne/WBV: "Ausweisung von Freilaufflächen für Hunde"	503/2015
10.3	Gem. Antrag Gruppe Grüne/WBV auf Abschluss Pachtverträge Banter See	507/2015
10.4	Antrag Dr. von Teichman auf Absage der Frühjahrsputzaktion	508/2015
10.5	Antrag Ratsherrn Dr. von Teichman auf Gebührenerhebung für Selbstbedienungsterminal im Bürgeramt	509/2015
11.1	Anfrage Ratsherr Dr. von Teichman (FDP) zur Parkgebührenordnung	510/2015

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 30.10.2014, 03.12.2014 und 18.02.2015

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 30.10.2014, 03.12.2014 und 18.02.2015 werden genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Auf Antrag der Gruppe UWG/Ober-Bloibaum wurde eine aktuelle Stunde zum Thema *„Auseinandersetzung mit dem LK Friesland in Krankenhausangelegenheiten: Informationspolitik seitens des Oberbürgermeisters“* durchgeführt, worin **Herr Walpurgis** die ungleiche Verteilung von Informationen an die Ratsmitglieder bemängelte. An der folgenden kurzen Aussprache beteiligten sich **Frau Weinstock** und **Herr Dr. von Teichman**.

Anschließend nahm **Herr Walpurgis** für die Gruppe UWG/Ober-Bloibaum im Rahmen der aktuellen Stunde Stellung zum Thema *„Beraterverträge der Stadt Wilhelmshaven mit externen Beratern“*. Herr Walpurgis bemängelte hier die wenig aussagekräftige Beantwortung der gleichnamigen Anfrage aus der letzten Ratssitzung. Nachdem er sein Anliegen präzisiert hatte, kündigte er nunmehr ein Auskunftersuchen nach § 56 NKomVG an. Eine Aussprache fand nicht statt.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Beratungsbedarf.

6 Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien **505/2015**

Herr Hellwig beantragte für die CDU-Fraktion aus Anlass der schweren und noch andauernden Erkrankung von Herrn Langen für die Dauer seiner Abwesenheit verschiedene Umbesetzungen. Außerdem würden einige Umbesetzungen auf Wunsch der Beteiligten erfolgen.

Betroffen seien folgende Ausschüsse und Gremien:

Ausschuss für Planen und Bauen:

Herr Oliver Gerriets anstelle von Herrn Fritz Langen,

Aufsichtsrat GEW Wilhelmshaven GmbH:

Frau Ursula Glaser anstelle von Herrn Fritz Langen,

Aufsichtsrat Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH:

Herr Stephan Hellwig anstelle von Herrn Fritz Langen,

Aufsichtsrat JadeWeserAirport GmbH:

Vertreter von Herrn Fritz Langen wird Herr Lutz Wilhelm anstelle von Herrn Jörn Felbier,

Metropolversammlung Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten e. V.

Herr Michael Kunze anstelle von Frau Brigitte Klee.

Herr Föhlinger beantragte anschließend folgende weitere Umbesetzungen für die SPD-Fraktion:

Betriebsausschuss Krankenhaus:

Herr Holger Barkowsky anstelle von Herrn Peter Debring,

Gesellschafterversammlung Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH:

Herr Holger Barkowsky anstelle von Herrn Peter Debring.

Den Umbesetzungen wurde bei 1 Enthaltung (Herr Walzner, Gruppe UWG/Ober-Bloibaum) **einstimmig zugestimmt**.

7 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

7.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD auf
Änderung der Hauptsatzung und Wahl einer/s dritten
Bürgermeisterin/s (sh. TOP 7.3)

506/2015

Herr Hellwig trug den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD vor und begründete diesen anschließend.

Frau Weinstock merkte an, sie bedaure natürlich die Erkrankung von Herrn Langen, dennoch sollte das Problem anders gelöst werden. Aus diesem Grunde stelle die Gruppe BASU/Hammadi den folgenden **Änderungsantrag**:

„Die Hauptsatzung wird in § 6 Abs. 3 geändert, um eine/n Vertreter/in für die beiden ehrenamtlichen Bürgermeister einzuführen.“

Herr Prof. Reuter hielt den Änderungsantrag für problematisch. In diesem Fall müsse auch die Entschädigungssatzung komplett überarbeitet werden, da dort keinerlei Entschädigung für Vertreter vorgesehen sei. Aus diesem Grunde rate er, den Änderungsantrag zurückzuziehen.

Auf Bitten von **Herrn Becker** erläuterte **Herr Stoffers** die rechtliche Machbarkeit des Änderungsantrages: Zunächst sei dies keine Regelung, die zwingend notwendig in die Hauptsatzung aufgenommen werden müsse. Es sei auch rein theoretisch möglich, einen Vertreter, der nicht Bürgermeister ist, für Herrn Langen für die Zeit seiner Abwesenheit zu bestimmen. Problematisch sei dabei aber, dass es sich dann nicht um einen nach der Kommunalverfassung vorgesehenen offiziellen Vertreter des Oberbürgermeisters handle, wie es eben die Bürgermeister seien.

Frau Breuer wie auch **Herr von den Berg** äußerten Verständnis für die Situation und die Notwendigkeit einer Lösung. Beide vermissten gleichzeitig die Berücksichtigung der Gruppe Grüne/WBV als stärkste Vertreter der Opposition bei der Wahl. **Herr von den Berg** hielt darüber hinaus die Änderung der Hauptsatzung für überflüssig, denn auf diese Weise handle es sich nicht allein um eine Vertretung für Herrn Langen, sondern ein dauerhaft eingerichtetes Amt. Seiner Meinung nach werde es auf diesem Weg dauerhaft bei drei Bürgermeistern bleiben.

Herr Debring warf ebenfalls die Frage nach dem Vorgehen bei einer Rückkehr von Herrn Langen auf. Um eine flexible Regelung zu erschaffen, rege er an, in § 6 Abs. 3 der Hauptsatzung die Worte „bis zu“ einzufügen. Auf Nachfrage stellte er aber klar, dass diese Anregung keinen Änderungsantrag darstelle.

Herr Dr. von Teichman stimmte dem Vorhaben zu, Bürgermeister Barkowsky mit Hilfe der vorgestellten Lösung zu entlasten. Dennoch hielt er den Antrag im Hinblick auf die Zeitspanne für nicht ausreichend genau formuliert.

Herr Hellwig betonte aufgrund der vorgebrachten Bedenken, dass diese Änderungen wieder rückgängig gemacht würden, sobald Herr Langen genesen sei und seine Arbeit wieder aufnehmen könne.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, ließ Frau Glaser zunächst über den **Änderungsantrag** von Frau Weinstock abstimmen. Dieser wurde bei 2 Ja-Stimmen (Gruppe BASU/Hammadi) und 3 Enthaltungen (Gruppe UWG/Ober-Bloibaum) **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 3 Nein-Stimmen: Herr Walzner und Frau Ober-Bloibaum, beide Gruppe UWG/Ober-Bloibaum, sowie Herr von den Berg, Gruppe Grüne/WBV und 4 Enthaltungen: Gruppe BASU/Hammadi; Herr Debring, SPD-Fraktion; Herr Walpurgis, Gruppe UWG/Ober-Bloibaum)

Die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt beantragen die Änderung des § 6 Absatz 3 der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven hinsichtlich der Einführung des Amtes eines/r dritten Bürgermeisters/in sowie anschließend die Wahl eines/r dritten Bürgermeisters/in.

7.2 Änderung der Hauptsatzung

63/2015

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.03.2015 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 3 Nein-Stimmen: Herr von den Berg, Gruppe Grüne/WBV; Herr Walzner und Frau Ober-Bloibaum, beide Gruppe UWG/Ober-Bloibaum sowie 2 Enthaltungen: Gruppe BASU/Hammadi)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven laut Anlage.

7.3 Wahl einer/s dritten Bürgermeisterin/s (Wahlbeschluss)

64/2015

Nachdem **Frau Glaser** ihren Vorsitz an **Herrn Möhle** für die Dauer des folgenden Tagesordnungspunktes abgegeben hatte, trug **Herr Hellwig** den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.03.2015 vor und schlug Frau Ursula Glaser als dritte Bürgermeisterin vor.

Frau Ober-Bloibaum beantragte **geheime Wahl**.

Frau Breuer merkte an, dass sich mit der Änderung der Hauptsatzung der Vorschlag zur Wahl des dritten Bürgermeisters nicht mehr nur auf den Kreis der Beigeordneten beschränke.

Herr Stoffers erklärte, dies sei zwar nicht mehr durch die Hauptsatzung, wohl aber durch die Kommunalverfassung vorgeschrieben.

Als **Schriftführer** wurden anschließend für die CDU-Fraktion Frau Klee und für die SPD-Fraktion Herr Jacques benannt.

Herr Möhle rief die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe auf.

Nach der Stimmabgabe wurde die Sitzung zur Auszählung der Stimmen von **16.50 Uhr bis 17.00 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung gab **Herr Möhle** das Wahlergebnis bekannt:

29 Ja-Stimmen

10 Nein-Stimmen.

Damit hatte Frau Glaser die erforderliche Mehrheit von 23 Stimmen im ersten Wahlgang erreicht und wurde zur Bürgermeisterin gewählt.

Frau Glaser nahm die Wahl an.

Herr Möhle gratulierte im Namen des Rates zur erfolgreichen Wahl zur Bürgermeisterin und überreichte ein Blumenpräsent.

Nach Abschluss des Tagesordnungspunktes übergab **Herr Möhle** den Vorsitz wieder an **Frau Glaser**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven wählt

Frau Ursula Glaser

zur Bürgermeisterin.

7.4 Änderung der Entschädigungssatzung

60/2015

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.03.2015 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 4 Nein-Stimmen: Herr von den Berg, Gruppe Grüne/WBV; Frau Weinstock, Gruppe BASU/Hammadi; Frau Ober-Bloibaum und Herr Walzner, beide Gruppe UWG/Ober-Bloibaum und 2 Enthaltungen: Herr Hammadi, Gruppe BASU/Hammadi sowie Herr Walpurgis, Gruppe UWG/Ober-Bloibaum)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung des Auslagenersatzes und des Verdienstaufschlags für Ratsmitglieder und sonstige ehrenamtlich tätige Personen (Entschädigungssatzung) laut Anlage.

7.5 Ehrenamtliche Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Oldenburg

59/2015

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.03.2015 vor.

Nachdem alle vorschlagsberechtigten Fraktionen die Kandidaten benannt hatten, erfolgte die Abstimmung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

(bei 3 Enthaltungen: Herr von den Berg, Frau Linsen-Steiner, beide Gruppe Grüne/WBV sowie Herr Dr. von Teichman, FDP)

Als ehrenamtliche Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Oldenburg werden vorgeschlagen:

CDU-Fraktion:

1. Brigitte Kunze, Schlafdeich Süd 10
2. Werner Bohlen-Janßen, Ölhafendamm 56
3. Reinhard Lübken, Edzardstr. 30
4. Dirk Hörmann, Rektor-Harms-Weg 11

SPD-Fraktion:

5. Gesina Nee, Kieler Str. 18
6. Stefan Marxfeld, Klein Schöningroden 1
7. Marten Gäde, Middelsfährstr. 9

Gruppe Grüne/WBV:

8. Sigrid Linsen-Steiner, Edo-Wiemken-Str. 13 A
9. Stefan Becker, Ladestr. 36

Gruppe UWG/Ober-Bloibaum:

10. Barbara Ober-Bloibaum, tom-Brok-Str. 43

7.6 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat

52/2015

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.03.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwendender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Sparkasse Wilhelmshaven	2.500,00 €	Geldspende für den Altenhilfe der Stadt Wilhelmshaven
2. Bauverein Rüstringen	3.000,00 €	Geldspende für das Projekt „Frühe Hilfen in der Stadt Wilhelmshaven“

8 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

8.1 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schmidt)

8.1.1 26. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 - Westlicher Stadtteil Ebkeriege - Aufstellungsbeschluss

37/2015

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.03.2015 vor und gab einige ergänzende Erläuterungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 20.11.2014 (BGBl. I S. 1748) die Aufstellung der 26. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 –Westlicher Stadtteil Ebkeriege– gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.1.2 74. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 -Fedderwardergroden/Östlich Inhauser Landstraße- Erneuter Entwurfsbeschluss

38/2015

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.03.2015 mit einigen ergänzenden Erläuterungen vor.

Herr Barkowsky erklärte, hier werde der Neubau der so genannten „Bunten Wache“ an der Inhauser Landstraße angestrebt, was letztlich auch dem vom Rat verabschiedeten Brandschutzbedarfsplan entspreche. Der Neubau bedeute nicht zuletzt eine Verbesserung des Brandschutzes im Stadtnorden. Auch der Fachbereich Feuerwehr, die Polizei und die Hilfsorganisationen favorisierten diesen Standort. Für die beiden letztgenannten komme aber der Alternativstandort Kutterstraße nicht in Frage. Seines Erachtens sei daher die Fortführung der Planungen an der Inhauser Landstraße der einzig richtige Weg.

Nachdem **Herr Jacques** den Ausführungen von Herrn Barkowsky zugestimmt hatte, zeigte sich **Herr Dr. von Teichman** skeptisch gegenüber dem Vorhaben. Er gab zu bedenken, dass die dafür erforderlichen Haushaltsmittel im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen aus dem Investitionshaushalt beim Eigenbetrieb GGS gestrichen worden seien.

Herr Barkowsky wies aufgrund der Aussage von Herrn Dr. von Teichman auf die Verteilung der Haushaltsmittel im Haushaltskonsolidierungskonzept wie auch im Wirtschaftsplan GGS hin.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt erneut dem Entwurf der 74. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 – Fedderwardergroden / Östlich Inhauser Landstraße - zu und beschließt, diesen mit Begründung vom 02.03.2015 einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.1.3 Bebauungsplan Nr. 120 - Posener Straße / Inhauser Landstraße - Erneuter Entwurfsbeschluss **39/2015**

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.03.2015 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt erneut dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 120 – Posener Straße / Inhauser Landstraße - zu und beschließt, diesen mit Begründung vom 02.03.2015 einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.1.4 Bebauungsplan Nr. 61 B (vorhabenbezogen)/Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 25 (VEP 025) -Freiligrathstraße südlich Triftweg- Neuer Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss **40/2015**

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.03.2015 mit einigen ergänzenden Ausführungen vor.

Herr von den Berg zeigte sich skeptisch im Hinblick auf die Auswirkungen der Planungen für Einfamilienhausbesitzer bzw. -bauer wie auch für den Einzelhandel.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 3 Nein-Stimmen: Gruppe BASU/Hammadi; Herr von den Berg, Gruppe Grüne/WBV und 1 Enthaltung: Frau Ober-Bloibaum, Gruppe UWG-Ober-Bloibaum)

In Abänderung des Aufstellungsbeschlusses vom 19.03.2014 beschließt der Rat der Stadt Wilhelmshaven aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 20.11.2014 (BGBl. I S. 1748) erneut die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 61B (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 25 (VEP 025) - Freiligrathstraße südlich Triftweg - im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf zu und beschließt, diesen mit der Begründung (Stand: 02.03.2015) einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.1.5 Bebauungsplan Nr. 144 A - Bohnenburger Deich -
Aufstellungsbeschluss der Satzung über die Aufhebung

41/2015

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.03.2015 vor.

Nach weiteren inhaltlichen Informationen von **Herrn Schmidt** wurde kurz die Frage der Notwendigkeit von neuen Gewerbeflächen vor dem Hintergrund der vorgenommenen Aufhebungen zwischen **Herr Walpurgis**, **Herrn Veh** und **Herrn Harms** diskutiert.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 3 Enthaltungen: Gruppe UWG/Ober-Bloibaum)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 20.11.2014 (BGBl. I S.1748) die Aufstellung der Satzung über die Aufhebung des **Bebauungsplanes Nr. 144 A – BOHNENBURGER DEICH** – gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.1.6 Umsetzung der Maßnahme "Grunderneuerung Freiligrathstraße"
Beschluss über die Zustimmung

50/2015

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.03.2015 vor und gab anschließend weitere Erläuterungen.

Auf Bitten von **Herrn von den Berg** informierte **Herr Leinert** über die geplanten Maßnahmen zur Erhaltung des Baumbestandes.

Herr Dr. von Teichman lobte die geplante Neugestaltung des Radweges und machte auf ebenfalls dringenden Handlungsbedarf auf weiteren Straßen und Wegen im Stadtgebiet aufmerksam.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Umsetzung der Maßnahme „Grunderneuerung Freiligrathstraße“ auf Grundlage der Entwurfsplanung vom Ingenieurbüro Thalen Consult, Neuenburg wird zugestimmt.

8.1.7 Umsetzung des "Parkraumbewirtschaftungskonzeptes"
Beschluss über die Zustimmung

51/2015

Herr Schmidt trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.03.2015 vor.

Herr Föhlinger beantragte daraufhin für die Fraktionen SPD und CDU die **Verweisung an den Ausschuss für Planen und Bauen** zur weiteren Vorbereitung.

Nachdem **Frau Breuer** an die Erledigung dieses Themas erinnert hatte, erfolgte die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag:

Der **Verweisungsantrag von Herrn Föhlinger für SPD- und CDU-Fraktion** wurde bei 1 Gegenstimme (Herr Dr. von Teichman, FDP) und 2 Enthaltungen (Herr von den Berg, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Frau Weinstock, Gruppe BASU/Hammadi) **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen-**

Der Umsetzung des „Parkraumbewirtschaftungskonzeptes“ auf Grundlage des anliegenden Konzeptes „B“ wird zugestimmt.

9 **Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten**

Oberbürgermeister Wagner informierte zunächst über den aktuellen Sachstand zum Thema „Finanzen“:

Der **konsolidierte Gesamtabschluss 2012** der Stadt Wilhelmshaven sei zwischenzeitlich fertiggestellt und werde nach Prüfung durch das RPA in der nächsten Ratssitzung vorgelegt. Nachdem Oberbürgermeister Wagner einen kurzen Überblick über die Kerninhalte gegeben hatte, machte er darauf aufmerksam, dass die Stadt, was den Zeitpunkt der ersten Fertigstellung angehe, mit an der Spitze in Niedersachsen stehe.

Ferner verdeutlichte Oberbürgermeister Wagner anhand verschiedener Übersichten die **Eckdaten zum Jahresabschluss 2014** der Kernverwaltung, wie auch für die **Finanzrechnung 2014**. In diesem Zusammenhang dankte er den MitarbeiterInnen aus Kämmerei und Rechnungsprüfungsamt für die geleistete Arbeit, die es ermöglicht habe, den Jahresabschluss innerhalb der gesetzlichen Fristen aufzustellen.

In Bezug auf den **Haushalt 2015/2016** habe es am heutigen Tag ein Gespräch bei der Kommunalaufsicht gegeben, bei dem eine Versagung der Genehmigung zwar habe verhindert werden können, jedoch einige Einschränkungen in Aussicht gestellt worden seien. Die beantragten Höchstgrenzen für Liquiditätskredite werden voraussichtlich nicht genehmigt, es würden hier maximal die bereits bestehenden Grenzen beibehalten. Die Höhe der Kreditneuaufnahmen (Nettoneuverschuldung) der Stadt werde ebenfalls nur in einer geringeren Höhe akzeptiert, als beantragt. Bezüglich dieser beiden Punkte seien die Einschränkungen aus Sicht der Verwaltung wohl machbar, es müsse jedoch genau geprüft werden, welche Vorhaben damit tatsächlich durchführbar seien. Nach Eingang der Haushaltsgenehmigung werde die Verwaltung auf Basis der vom Rat gefassten Haushaltsbeschlüsse eine Vorschlags-/Prioritätenliste erarbeiten und dem Rat zur Entscheidung vorlegen. Für 2016 werde außerdem ein erneutes Haushaltssicherungskonzept erforderlich, wobei die bisherigen Einsparvorschläge seitens der Kommunalaufsicht sehr honoriert worden seien. Alles Übrige werde im Haushalt voraussichtlich genehmigt.

Ein weiterer Informationspunkt bezog sich auf die Berichterstattung in der WZ zur **Sanierung des Feuerschiffs „Weser“**. Auch hier gab **Oberbürgermeister Wagner** einen Überblick über den aktuellen Sachstand:

Im Juli des letzten Jahres seien 50 T€ nachbewilligt worden, um den Gesamtumfang der notwendigen Sanierungskosten festzustellen. Das Gutachten vom 14.1.2015 komme zum Ergebnis, dass es sich bei dem Zustand des Schiffes lohne, es weiterhin als Museumsschiff vorzuhalten. Um das Schiff wieder in einen schwimmfähigen Zustand zu versetzen und es mit einem überschaubaren Sanierungsaufwand in Zukunft erhalten zu können, sei mit Stand von heute ein Betrag in Höhe von 500 T€ zuzügl. Mehrwertsteuer erforderlich. Außerdem müsse in den kommenden Jahren mit laufenden Unterhaltungskosten von etwa 50 T€ pro Jahr gerechnet werden. Dies sei allerdings nur dann sinnvoll, wenn einmal eine Grundüberholung stattgefunden habe. Letztlich müsse der Rat eine Entscheidung über die weitere Zukunft des Schiffes fällen. Sofern die Investition zur Sanierung nicht gewünscht sei, müsse ein Verkauf in Betracht gezogen werden. Für die Herrichtung des Schiffes zur Fortführung des Restaurantbetriebes müssten zusätzlich rund 200 T€ plus Mehrwertsteuer eingerechnet werden.

Die Aussage in der Zeitung, dass das Schiff bis April einen neuen Anstrich zum Erhalt des Schwimmfähigkeitszeugnisses benötige, sei so nicht korrekt. Durch die im November ausgeführten Sicherungsarbeiten befinde sich das Unterwasserschiff in einem guten und ausreichend geschützten Zustand, es stehe lediglich ein weiterer Unterwasseranstrich aus, der beim nächsten Werftaufenthalt im Rahmen der Sanierung vorgenommen werden solle. Zwischenzeitlich sei somit auch der Schwimmfähigkeitsnachweis für weitere 5 Jahre bis 30.11.2019 bestätigt werden.

Abschließend berichtete **Oberbürgermeister Wagner** über die **aktuellen Entwicklungen in den Gesellschaften**:

- **JadeBay** – Verringerung des Anteils der Stadt Wilhelmshaven und Neuausrichtung auf die Schwerpunkte „Generierung von EU-Zuschüssen“ sowie „Qualifizierungs- und Beschäftigungsstrategien“. Herr Breitzke werde seinen Vertrag, der zum 31.03.2015 auslaufe, nicht verlängern. Künftig wird je ein Vertreter des Landkreises Friesland und der Stadt Wilhelmshaven in die Geschäftsführung entsandt. Durch die Gesellschafterversammlung seien Herr Frank Schnieder für Friesland und für die Stadt Frau Elke Schute aus dem Bereich Wirtschaftsförderung als Geschäftsführer vorgeschlagen worden.
- **Ergebnisse der Einzelgesellschaften 2014** – die Abschlüsse würden jetzt nach und nach vorgelegt. Beim RNK wie auch bei der WTF stellten sich die Abschlüsse mit einer leichten Verbesserung gegenüber den Planungen dar.
- **Verschmelzungen im Bereich WTF-S** – Die Anteilsübertragung von den Dritten sei für den 30.06. dieses Jahres geplant und die anschließende Vollvermögensübertragung von der WTF-S auf die Stadt mit Auflösung der WTF-S zum 01.01.2016.

Nach Abschluss des Berichtes von Oberbürgermeister Wagner sprach **Frau Glaser** ihren Dank an alle Mitarbeiter für die gute Vorbereitung des Haushaltes wie auch des zeitnahen Abschlusses 2014 aus.

10 Anträge

10.1 Antrag Gruppe Grüne/WBV: "Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung" **502/2015**

Frau Breuer brachte den Antrag für die Gruppe Grüne/WBV ein und begründete diesen anschließend.

Herr Dr. von Teichman stimmte dem Anliegen zu und fügte hinzu, das Beispiel „Banter See-Konferenz“ zeige, wie Bürgerengagement durch Untätigkeit erstickt werde. Auch seine Meinung nach der Umgang der Verwaltung mit der Politik nicht dafür, dass Bürger sich engagieren wollen.

Herr von den Berg machte darauf aufmerksam, dass das Anliegen aus der Bevölkerung an die Fraktion herangetragen worden sei und nicht zu einem Schlagabtausch führen solle. Vielmehr solle der Antrag dabei helfen, die Demokratie zu unterstützen. Daher bitte er im Interesse aller um Zustimmung.

Herr Debring zeigte sich verwundert, dass die Wahlbeteiligung Aufgabe der Verwaltung sein solle.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, dass es sich hier um freiwillige Leistungen handele, deren Ausweitung durch die Haushaltsverfügung der Kommunalaufsicht nicht möglich sei. Zudem handele es sich bei der Verbesserung der Wahlbeteiligung nicht um die Aufgabe der Verwaltung, die aber dennoch eine Reihe von Maßnahmen zur Information der Bürger vor Wahlen anbiete. Auch viele Parteien hielten verschiedene Angebote vor, die den Wählern den Weg in die Wahllokale erleichtere. Grundsätzlich sei es Angelegenheit der Verwaltung, zum Thema „Wahlen“ aufzuklären, während sich die Parteien um Maßnahmen zur Wahlbeteiligung kümmerten. Sofern es weitere Vorschläge gebe, bitte er, diese auch einzubringen.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt-**

(bei 12 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; Gruppe UWG/Ober-Bloibaum; Frau Weinstock, Gruppe BASU/Hammadi und 2 Enthaltungen: Herr Hammadi, Gruppe BASU/Hammadi und Dr. von Teichman, FDP)

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung erarbeitet - erstmals zur Kommunalwahl 2016 - Vorschläge, die geeignet sind, die Wahlbeteiligung in Wilhelmshaven zu steigern.

10.2 Antrag Gruppe Grüne/WBV: "Ausweisung von Freilaufflächen für Hunde" **503/2015**

Frau Breuer brachte den Antrag für die Gruppe Grüne/WBV mit nachfolgender Begründung ein.

Herr Leinert erklärte, die Verwaltung sei derzeit dabei, geeignete Flächen zu identifizieren, die dann in Kürze dem Rat vorgestellt würden.

Nach kurzer Diskussion zwischen **Frau Breuer**, **Herrn Walpurgis**, **Oberbürgermeister Wagner**, **Herrn Becker** und **Herrn Walzner** zum Thema empfahlen **Herr Föhlinger** wie auch **Herr Hellwig**, den Antrag vor dem Hintergrund der Aussage von Herrn Leinert zurückzuziehen.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt-**

(bei 14 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; Gruppe UWG/Ober-Bloibaum; Gruppe BASU/Hammadi; FDP)

Der Rat möge beschließen:

Im Bereich öffentlicher Anlagen (wie in der "Satzung über die Benutzung von öffentlicher Anlagen der Stadt Wilhelmshaven" definiert) werden Freilaufflächen für Hunde ausgewiesen.

Die Verwaltung erarbeitet hierzu unter Beteiligung aller relevanten Stellen (z.B. TBW) Vorschläge, wo diese entstehen könnten und legt dem Rat das Ergebnis als Änderungsvorschlag zur o.a. Satzung (§ 2 Absatz 2 Nr. 6) bis zur Sommerpause vor.

10.3 Gem. Antrag Gruppe Grüne/WBV auf Abschluss Pachtverträge Banter See **507/2015**

Frau Breuer trug einen weiteren Antrag der Gruppe Grüne/WBV vor und begründete diesen ausführlich.

Herr Leinert erklärte, dass derzeit die einzelnen Punkte des Ratsbeschlusses vom 24.09.2014 durch die Verwaltung abgearbeitet würden. So hätten die Brandschutzüberprüfungen und die Begehungen begonnen und die Pächter hätten erste Anträge zur baurechtlichen Überprüfung der Bebauungen eingereicht. Jedem Pächter, der einen positiven Bescheid vorweisen könne,

werde auf Wunsch auch ein neuer Pachtvertrag angeboten. Wie im Ratsbeschluss vorgegeben, erfolge die Festlegung der Vertragslaufzeit und die Höhe des Pachtzinses durch einen gesonderten Ratsbeschluss. Dies gelte sowohl für die Freizeitgärten als auch für die Vereine. Die Verwaltung befinde sich derzeit in der Endabstimmung der Ausarbeitung eines Mustervertrages, welcher dem Rat in Kürze zur Beschlussfassung in nichtöffentlicher Sitzung vorgelegt werde.

Herr Hammadi brachte einen **Änderungsantrag** für die Gruppe BASU/Hammadi ein:

„Der Vertrag der Stadt Wilhelmshaven und dem Freizeit- und Gartenverein Banter See e. V. (Verein) wird über den 31. 12. 2017 hinaus auf unbestimmte Zeit, mit einer Kündigungszeit von 5 Jahren, verlängert. Die Höhe des Pachtzinses wird durch einen gesonderten Beschluss des Rates geregelt.

Die bisherigen Bedingungen des Vertrages zwischen Stadt und Verein zur Nutzung des Geländes am Banter See werden auf den jeweiligen Unterpachtgrundstücken von den Pächtern eingehalten.

Das öffentliche Baurecht wird eingehalten.

Sollten Zustände im Pachtgelände bekannt werden, die eine Gefahr (z.B. nach einer brandschutzrechtlichen Überprüfung) darstellen, müssen diese umgehend verändert werden. Wenn dies nicht geschieht, wird das Bauordnungsamt entsprechend einschreiten.

Das Freizeitbad Klein Wangerooge und das Gelände um das Surferheim, werden von der Stadt oder den jeweiligen Pächtern in Ordnung gehalten. Außerdem wird der Rundweg um den Banter See instand gesetzt und für die Wilhelmshavener Bevölkerung in Ordnung gehalten. So wie es jetzt schon die Freizeitgärtner in ihrem Bereich tun.“

Frau Weinstock ergänzte, es sei schließlich noch immer kein Investor in Sicht und die Pächter sollten nicht ohne Not auseinandergerissen werden. Außerdem halte sie es für sinnvoller, die Pachtverträge mit dem Verein und nicht mit dem jeweiligen Pächter abzuschließen. Eine Kündigungszeit von fünf Jahren böte darüber hinaus eine bessere Rechtssicherheit.

Herr Hellwig hielt dem entgegen, der Beschluss aus dem letzten Jahr gebe nunmehr vor, wie mit dem Gelände am Banter See umgegangen werden solle. Er halte es nicht für sinnvoll, die aufwändige Abarbeitung durch Änderungen zu behindern. Die Basis des damaligen Beschlusses sei die Herstellung rechtssicherer Zustände vor Ort gewesen. Dieses Ziel sei noch nicht ganz erreicht. Er bitte daher dringend, allen Beteiligten die dafür notwendige Zeit einzuräumen.

Herr Becker merkte an, hier solle niemand behindert werden, doch wage er zu behaupten, dass das Thema die Mehrheitsgruppe zur Kommunalwahl wieder einholen werde, lasse man den Ratsbeschluss unverändert.

Herr Walpurgis wiederholte den Vorschlag von Frau Weinstock, keine Einzelverträge mit den Pächtern abzuschließen, sondern mit dem Verein als Vertragspartner zusammenzuarbeiten entsprechend der bisherigen Regelung. Er bitte darüber hinaus, die Betroffenen auch über den Pachtzins aufzuklären.

Nachdem **Frau Breuer** die Intuition des Antrages wiederholt hatte, verlieh **Herr Dr. von Teichman** seinem Unmut hinsichtlich der verschiedenen Beschlusslagen bezüglich des Themas „Banter See“ Ausdruck.

Herr Debring mahnte, doch zunächst einmal die Erkenntnisse der Verwaltung abzuwarten. Dann könnten immer noch alternative Lösungen gesucht werden.

Eine Festlegung zum jetzigen Zeitpunkt halte er für verfrüht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde der **Änderungsantrag** der Gruppe BASU/Hammadi **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt**-

(bei 9 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; Oberbürgermeister Wagner und 4 Enthaltungen: Gruppe UWG/Ober-Bloibaum; Dr. von Teichman (FDP); Gruppe BASU/Hammadi)

Der Rat möge beschließen:

Die Verträge werden, beginnend mit dem 01. Januar 2018, zeitlich befristet auf fünf Jahre abgeschlossen und verlängern sich hiernach jeweils um ein weiteres Jahr. Sofern ein das jeweilige Pachtgrundstück betreffender Umsetzungsbeschluss (sh. Nr. 4 des Beschlusses vom 24.09.2014) vom Rat gefasst wurde, endet das Pachtverhältnis mit einer Frist von einem Jahr ab diesem Zeitpunkt. Bei Interesse neuer Pächter an freiwerdenden Pachtflächen werden diesen (neuen Interessenten) Pachtverträge zu gleichen Bedingungen angeboten, sofern die gesetzlichen Vorschriften auf dem Pachtgelände erfüllt sind.

Begründung:

Am 24.09.2014 wurde im Rat der Stadt Wilhelmshaven unter Vorlage 525/2014 auszugsweise folgender die Pachtflächen (Freizeitgärten) am Banter See betreffender Beschluss gefasst:

3. Die Festsetzung der zeitlichen Befristung der Verträge und die Höhe des Pachtzinses erfolgt durch gesonderten Beschluss des Rates

Seit diesem Beschluss sind mehrere Monate vergangen.

Kürzlich wurde durch Stadt Wilhelmshaven - Bauordnungsamt - mitgeteilt, dass bei rund 1/3 der 222 Gärten am Anton-Dorn-Weg im Rahmen der brandschutzrechtlichen Überprüfung Mängel festgestellt wurden, die nunmehr zu beseitigen seien. Die betroffenen Pächter erhalten entsprechende schriftliche Mitteilungen. Erst wenn diese Mängel beseitigt seien, könnte auch die baurechtliche Überprüfung seitens der Pächter beantragt werden, die Voraussetzung dafür sei, einen neuen Vertrag seitens GGS angeboten zu bekommen.

Die weiteren 3 Areale würden in den kommenden 3 Monaten brandschutzrechtlich überprüft werden.

Um den möglichen Aufwand für jeden Pächter abwägbare zu gestalten, beantragt die Gruppe Grüne/WBV hinsichtlich des mit obigen Auszug angekündigten weiteren Beschluss.

10.4 Antrag Dr. von Teichman auf Absage der Frühjahrsputzaktion

508/2015

Herr Dr. von Teichman trug seinen Antrag vor und begründete diesen anschließend.

Frau Glaser machte darauf aufmerksam, dass der Antrag nicht durch den Verwaltungsausschuss vorbereitet sei. Daher könne wohl beraten, nicht aber abgestimmt werden.

Herr Dr. von Teichman wendete ein, der Verwaltungsausschuss könne jedoch jetzt nach einer Sitzungsunterbrechung des Rates zu einer vorbereitenden Sitzung zusammentreten.

Herr Leinert informierte, die Verwaltung halte an der Durchführung zum anberaumten Termin fest. Dieser sei mit dem Landkreis Friesland abgestimmt und

darüber hinaus habe die untere Naturschutzbehörde keine Bedenken hinsichtlich der Durchführung geäußert. Außerdem würden an die Teilnehmer Merkblätter zum richtigen Verhalten ausgeteilt.

Nachdem der Antrag zwischen **Herrn von den Berg, Oberbürgermeister Wagner, Frau Breuer, Frau Weinstock Herrn Dr. von Teichman und Herrn Prof. Reuter** kurz inhaltlich diskutiert wurde, erinnerte **Herr Föhlinger** an den Umstand, dass das Thema nicht durch den Verwaltungsausschuss vorbereitet sei.

Der Antrag von **Herrn Walpurgis** auf **Sitzungsunterbrechung** zur Einberufung des Verwaltungsausschusses wurde daraufhin **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: **-nicht beschlossen-**

Der Rat möge beschließen:

Die für den 17. und 18.04.2015 vorgesehene „Frühjahrsputzaktion“ wird abgesagt.

10.5 Antrag Ratsherrn Dr. von Teichman auf Gebührenerhebung für Selbstbedienungsterminal im Bürgeramt **509/2015**

Herr Dr. von Teichman trug seinen Antrag vor und begründete diesen anschließend.

Herr Becker beantragte die **Verweisung an den zuständigen Fachausschuss** zur weiteren Vorbereitung.

Der Verweisungsantrag von Herrn Becker wurde daraufhin **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: **-an Fachausschuss verwiesen-**

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das Selbstbedienungsterminal im Bürgeramt vom Betreiber Gebühren zu erheben, die an die sonst von Gewerbetreibenden gemäß der entsprechenden Gebührenordnung im Bereich der Stadt für Nutzungen von städtischen Liegenschaften geforderten anzupassen sind.

11 Anfragen

11.1 Anfrage Ratsherr Dr. von Teichman (FDP) zur Parkgebührenordnung **510/2015**

Herr Dr. von Teichman trug folgende Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor:

„Auf Vorschlag der Verwaltung hat der Rat am 19.06.13 eine Parkgebührenerhöhung beschlossen. Ohne erneuten Beschluss des Rates hat der Oberbürgermeister die Gebühren auf dem Fliegerdeich in eigener Machtvollkommenheit abgeändert und dem Rat darüber am 21.08.13 berichtet. Die Fraktion der Grünen/WBV hat in der Ratssitzung vom 18.09.13 einen Antrag eingebracht, eine neue, umfassende Parkgebührenerhöhung zu erarbeiten. Mit einigen Änderungen wurde dies beschlossen. Eine überarbeitete Ordnung wurde dem Rat am 31.10.13 vorgelegt, jedoch wurde auf Antrag der SPD eine „Nichtbefassung“ beschlossen.

Auf eine Anfrage der Gruppe Grüne/WBV am 19.02.14 wurde vom Oberbürgermeister angekündigt, dass im März 2014 ein neuer Vorschlag vorliegen werde.

Am 19.03.14 wurde der Verwaltungsvorschlag ohne weiteren Kommentar

zurückgezogen.

In der Sitzung des TBW-Betriebsausschusses wurde angekündigt, dass die neue Ordnung im III. oder IV. Quartal 2014 vorliegen werde.

Bis heute ist dies nicht erfolgt. Die derzeit geltende Gebührenordnung ist insbesondere im Hinblick auf die Regelung am Fliegerdeich ohne rechtliche Grundlage.

Dazu die folgenden Fragen:

- 1. Wann gedenkt die Verwaltung, den rechtswidrigen Zustand einer nur vom Oberbürgermeister geänderten, aber nicht vom Rat beschlossenen Parkgebührenordnung zu beenden?*
- 2. Welche tatsächlichen Hindernisse gibt es, die Ratsbeschlüsse umzusetzen?*
- 3. Welche Konsequenzen zieht die Verwaltung aus der Tatsache, dass sie zwar über nahezu zwei Jahre Ankündigungen macht, aber die Ratsbeschlüsse nicht umsetzt und damit gegen § 85 NKomVG verstößt?“*

Herr Leinert antwortete dazu:

„Zu 1.

Die Verwaltung wollte mit der heutigen Vorlage Nr. 51/2015 das Parkraumbewirtschaftungskonzept beschließen lassen. Auf dessen Grundlage sollten dann im nächsten TBW-Ausschuss, über den Finanzausschuss, im Rat die konkreten Umsetzungsbeschlüsse über die Änderung der Verordnung über die Parkgebühren erfolgen. Die Verwaltung will den beschriebenen Zustand zum nächstmöglichen Termin beenden.

Zu 2.

Die Hindernisse zur Umsetzung bestanden in dem Beschluss der Nichtbefassung am 31.10.2013. Sobald dem aktuell vorliegenden Beschlussvorschlag zugestimmt wird, würde dieser umgehend umgesetzt werden.

Zu 3.

Die Konsequenzen in diesem konkreten Fall bestehen darin, dass vor Beschlussfassung über eine neue Parkgebührenverordnung bei TBW zunächst im Bauausschuss das Parkraumbewirtschaftungskonzept unter besonderer Bewertung und Beteiligung der Verkehrs- und Stadtplanung diskutiert und beschlossen wird. Erst auf Basis eines abgestimmten Konzeptes sollen dann die konkreten Änderungsbeschlüsse der Verordnung über TBW an den Rat erfolgen. Hintergrund ist, dass es erst seit etwa einem halben Jahr bei der Stadtplanung einen Verkehrsplaner gibt und aus diesem Grund das Thema erst jetzt über den Bauausschuss und die Stadtplanung abgearbeitet werden kann.“

12 Einwohnerfragestunde12.1 Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

12.2 Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Striess-Grubert warf zu Tagesordnungspunkt 7.4 „Änderung der Entschädigungssatzung“ die Frage auf, warum nicht Bürgermeister und Ratsvorsitzende gemeinsam entlohnt würden. Damit würden 375,- € monatlich gespart.

Oberbürgermeister Wagner verwies in diesem Zusammenhang auf die anders lautende Beschlusslage aus der heutigen Ratssitzung.

Frau Kleinow fragte sich bezüglich Tagesordnungspunkt 10.1 „Antrag der Gruppe Grüne/WBV: „Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung““, wie dies angesichts des Ablaufs der Ratssitzungen funktionieren solle. Ein derartiger Umgang sei nicht geeignet, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Darüber hinaus störe es als Zuschauer auf der Empore, dass von dort nicht alle Ratsmitglieder zu sehen seien.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, es sei Sache der Beteiligten, eine Diskussion in Gang zu bringen. Voraussetzung sei auch, dass sich alle entsprechend vorbereiten und informieren. Es dürfe jedoch keiner gegen geltendes Recht verstoßen. Hinsichtlich der Sichtbarkeit könne er aber in Aussicht stellen, dass die Zahl der Ratsmitglieder mit der neuen Ratsperiode ab dem 01.11.2016 verringert werde und damit auch die Sitzordnung angepasst werden könne.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Nach Ende des öffentlichen Teils wurde die Sitzung für eine **Pause von 19.05 Uhr bis 19.15 Uhr** unterbrochen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

gez.

gez.

gez.

Möhle
Ratsvorsitzender

Wagner
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin